

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Dirk Geilen

## Eine Milliarde Grenze erreicht

Nach Angaben von UN-Demographen wird die Bevölkerung Indiens in den nächsten Wochen die Milliardengrenze überschreiten. Damit verdreifacht sich die Bevölkerung, seitdem vor 52 Jahren die Unabhängigkeit erlangt worden war. Bei einem Wachstum von 1,6 Prozent kann davon ausgegangen werden, daß Indien China in rund vier Jahrzehnten als bevölkerungsreichsten Staat der Erde ablösen wird. Die geringere Wachstumsrate Chinas von unter einem Prozent, bei einer Gesamtbevölkerung von heute 1,27 Milliarden Menschen, läßt sich auf staatlich verordnete Zwangsmaßnahmen zurückführen. Solche gab es in Indien nur in einer kurzen Phase während der Notstandsregierung unter Indira Gandhi Mitte der siebziger Jahre. Dabei ließ ihr Sohn Sanjay Zwangssterilisierungen in den Slums indischer Großstädte durchführen. Die beiden Staaten, Indien und China, stellen heute ein Drittel der Weltbevölkerung, welche in diesem Jahr die sechs Milliarden Marke überschreiten soll.

Die indischen Zensus-Behörden haben die Prognose des UNO-Bevölkerungsbüros jedoch zurückgewiesen. Die indischen Statistiker rechnen erst im Mai 2000 mit einer Milliarde Menschen.

## Anschläge im Nordosten

Bodo-Separatisten und die assamesische ULFA-Befreiungsfront wurden von den Behörden für eine Anschlagserie im Vorfeld des indischen Unabhängigkeitstages (15. August) verantwortlich gemacht. Dabei wurden unter anderem Züge und Polizisten angegriffen.

## Über 200 Tote

Bei Monsunüberschwemmungen in Bihar und Assam starben im Juli mehrere Hundert Menschen, weil Flüsse über die Ufer traten. Der heftige Monsun führte auch zu Erdbeben. Alleine in Assam waren mehrere hunderttausend Menschen betroffen.

## Neue Regierung in Haryana

Am 21. Juli stürzte die Regierung des Bundesstaates Haryana unter Ministerpräsident Bansi Lal. Von seiner 'Haryana

Vikas Party' spalteten sich 17 Abgeordnete ab, die sich mit Om Prakash Chautala, dem Oppositionsführer vom 'Indian National Lok Dal' verbündeten und ihn zum Regierungschef wählten. Die BJP unterstützt die neue Regierung.

## VHP gegen Seligsprechung

Der Welt-Hindu-Rat (VHP), eine BJP-nahe Organisation, hat dagegen protestiert, daß das Seligsprechungsverfahren für Mutter Teresa bereits begonnen hat. Der Papst hat im Fall Mutter Teresas die normalerweise übliche Wartezeit von fünf Jahren nach dem Tod verkürzt. Ein VHP-Sprecher warf der katholischen Kirche vor, sie wolle damit die Missionierung in Indien fördern.

## Fast 300 Tote bei Zugunglück

Nach dem schweren Zugunglück in Westbengalen wurden 288 Leichen geborgen. Ursprünglich war mit bis zu 500 Toten gerechnet worden. Als Unglücksursache gilt menschliches Versagen. Einer der beiden Züge fuhr mindestens 14 Kilometer lang auf dem falschen Gleis.

## Regierungsbericht entlastet Hindu-Gruppen

Der Bericht einer Untersuchungskommission unter dem Richter D.P. Wadhwa vom Obersten Gerichtshof hat den Mord an dem australischen Missionar Staines und seinen beiden Kindern im Januar diesen Jahres als Tat eines Einzelnen eingestuft. Wadhwa widersprach damit Vorwürfen, die BJP-nahen Hindu-Gruppen VHP oder 'Bajrang Dal' stünden hinter den Morden in Orissa.

## Indische Ärzte gegen Abtreibung von Mädchen

Zum ersten Mal hat sich die 'Indian Medical Association', der Verband der Ärzte, öffentlich gegen die weitverbreitete Abtreibung von Mädchen ausgesprochen. Eine Konferenz in Delhi enthüllte auch eine Reihe von Praktiken, mit denen skrupellose Ärzte und Abtreibungskliniken zusätzlich Geld machen: Sie verlangen zum Teil mehrere Ultraschalluntersuchungen, um das Geschlecht des Kindes festzustellen, und kassieren bis zu 5.000 Rupien für diese

Tests, die inzwischen illegal sind.

## Busse für den Irak

Trotz internationaler Proteste und dem bestehenden Handelsembargo gegen den Irak hat Indien bekanntgegeben, es beabsichtige in Zukunft in beschränktem Umfang Handel mit dem Irak aufzunehmen. So werde Indien in den nächsten Monaten 1.000 Busse im Wert von umgerechnet 25 Millionen DM exportieren. Betont wurde das historisch freundschaftliche Verhältnis zum Irak. Gleichzeitig erhofft sich Indien, in Zukunft an lukrativen Ölgeschäften beteiligt zu werden.

## Boomendes 'Baby-Geschäft'

Wie die indische Tageszeitung 'The Hindu' in mehreren Beiträgen ihrer Juli-Ausgaben berichtet, entwickelt sich die Adoption von Säuglingen und Kleinkindern immer mehr zu einem einträglichen und zum Teil auch kriminellen Geschäft, in das nicht selten auch Mitarbeiter von Krankenhäusern verwickelt sind. Angeregt durch die Nachfrage kinderloser Familien aus dem In- und Ausland werden die bestehenden Gesetze häufig verletzt. Die "Ware" Kind wird dabei ab DM 1.500 an den neuen Besitzer übergeben. Die Kinder selbst entstammen zumeist armen Familien und werden aus einer Notlage heraus verkauft. Eine andere Möglichkeit, die sich diesen Eltern bietet, besteht darin, Kinder an Waisenhäuser abzugeben. Auch hier häufen sich nach Angaben des 'Hindu' die Vorwürfe, daß die Kinder ohne Wissen der leiblichen Eltern weitervermittelt worden sind. Oftmals haben die Eltern im Kontrakt mit den Waisenhäusern - aufgrund ihres Analphabetentums unwissentlich - auf alle Rechte an ihrem Kind verzichtet. Die "schwarzen Schafe" unter den Waisenhäusern nutzen die starke Nachfrage nach Kindern auch durch die Übernahme von Patenschaften in westlichen Ländern aus. Von den Geldern profitiert häufig nur das Management.

Auch NGOs sind in diesem Zusammenhang in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. In einem spektakulären Fall konnte eine kriminelle Vereinigung zerschlagen werden, die, getarnt als karitative Einrichtung, vier Kinder aus einem

Krankenhaus entführt hatte, um sie dann zur Adoption weiterzugeben. Gerade an dieser Stelle wird deutlich, daß der gesamte Bereich von Kindesadoptionen transparenter gestaltet werden muß, um nicht die grundsätzlich lobenswerte Arbeit vieler NGOs in Mißkredit zu ziehen.

### Zur Lage der Dalits

Nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Watch' hat sich an der politischen, ökonomischen und sozialen Benachteiligung der "Unberührbaren" oder auch Dalits seit der Unabhängigkeit Indiens wenig geändert. Nach wie vor werden diese in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens diskriminiert, so das Fazit des von 'Human Rights Watch' veröffentlichten Berichts "Broken People - Caste Violence Against India's Untouchables". Obwohl die "Unberührbarkeit" 1950 von der indischen Verfassung verboten wurde, blieb die Hierarchie erhalten und über ein Sechstel der indischen Bevölkerung, um die 160 Millionen Menschen, lebt nach wie vor auf der untersten Stufe des Kastensystems. Nationale Gesetzgebung und konstitutioneller Schutz der Dalits dienen, so der Report, häufig nur den Höherkastigen, um die sozialen Realitäten zu verschleiern und die als Indiens versteckte "Apartheid" bezeichnete Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die politische Mobilisierung der achtziger Jahre mit dem Entstehen mächtiger Interessengruppen und politischen Parteien sei an den Dalits weitestgehend vorübergegangen. Mittlere und untere Kasten hätten von dieser Entwicklung profitiert, die Kastenlosen hingegen wären von allen Parteien vor den Wahlen umworben worden, ohne jedoch nach den Wahlen die gemachten Versprechungen einzuhalten. Trotz einiger politischer Mobilisierungserfolge oder der Wahl eines Dalits, K.R. Narayanan zum Staatsoberhaupt, seien signifikante Verbesserungen für die Dalits nicht zu erkennen. So würden dringend notwendige Gesetzes- und Landreformen in den meisten indischen Bundesstaaten nicht umgesetzt oder auch der Schutz der Dalits vernachlässigt.

Gleichzeitig hätten die geringfügigen Fortschritte zu einer Gegenbewegung seitens der Höherkastigen geführt, welche ihre soziale und ökonomische Stellung gefährdet sahen. In diesem Zusammenhang nennt der Report die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Kasten, welche in den letzten Jahren gerade in Bihar zu Massakern mit bis zu mehreren hundert Toten geführt haben. Im nordindischen Bihar stehen sich dabei die maoistische Naxalitenbewegung auf der einen Seite und eine



Die Demonstranten wurden von der Polizei einfach in einem Fluß abgedrängt; zahlreiche Menschen ertranken dabei. (Foto: 'Frontline')

Großgrundbesitzerarmee, die 'Ranvir Sena', auf der anderen Seite gegenüber. Aber auch Zusammenstöße zwischen den Kastenhindus und Kastenlosen aus dem südindischen Tamil Nadu finden im Bericht der Menschenrechtsorganisation Erwähnung.

Die Rolle von Polizei und Justiz wird ebenfalls kritisch bewertet, würden diese doch den Höherkastigen nahestehen. Verbrechen gegen Dalits würden häufig nicht strafrechtlich verfolgt und auch Vorwürfe der Folter seitens der Polizei werden dokumentiert. Diese Polizisten - so die einhellige Meinung von Menschenrechtsgruppen - blieben dabei zumeist straffrei.

Die Regierungspartei BJP hatte in ihrem Wahlkampfmanifest versprochen, Schritte einzuleiten, um die Benachteiligung rückständiger Kasten, Stämme und Minderheiten zu beenden und ihren Schutz zu garantieren. Gleichmaßen sollten die - wie es die BJP äußerst beschönigend formulierte - "letzten Reste der Unberührbarkeit" beseitigt werden. De facto hat sich für die Dalits - so das Fazit des 'Human Rights Watch'-Berichts - seitdem nichts an ihrer Situation verändert. Der Bericht kann im Internet eingesehen werden:

<http://www.hrw.org/reports/1999/india/>

### Tote bei Polizeieinsatz

Bei einer Kundgebung von 5.000 - mehrheitlich den Dalits zuzurechnenden - Teearbeitern im südindischen Tamil Nadu sind nach Angaben des Nachrichtenmagazins 'Frontline' am 23. Juli 17 Demonstranten ertrunken. Unter den Opfern befanden sich auch zwei Frauen und ein Kind. Sie kamen zu Tode, nachdem sie durch ein Großaufgebot von Polizei und Sondereinsatzkräften in den Fluß Thamiraparani bei Tirunelveli abgedrängt worden waren.

Nach Angaben der Sicherheitskräfte griff die Polizei zum Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken, den sogenann-

ten 'Lathis', weil es zu Steinwürfen aus der Menge der Demonstranten heraus gekommen sei. Die Veranstalter der Kundgebung für mehr Lohn und der Forderung nach Freilassung von 650 Teearbeitern, welche während einer vorangegangenen Demonstration verhaftet worden waren, widersprechen diesen Aussagen. Nach ihrer Darstellung sei es die Polizei gewesen, die durch Steinwürfe die Konfrontation gesucht habe. Nach Augenzeugenberichten habe sie die panikartige Menge in den Fluß getrieben, dort auf die Demonstranten eingeschlagen und selbst Rettungsversuche vereitelt. Unter den Verletzten befinden sich auch zwei Journalisten, deren Filmmaterial von der Polizei vernichtet wurde.

Schwere Vorwürfe erheben auch Politiker, die an der Spitze des Demonstrationzuges für die Forderungen der Arbeiter eingetreten waren. Unter ihnen befanden sich hochrangige Politiker wie der Oppositionsführer im Parlament Tamil Nodus, S. Balakrishnan, 'Tamil Maanila Congress' (TMC), Dr. K. Krishnaswamy, Präsident der 'Puthiya Thamizhagam (P.T.)', oder auch lokale Führer der beiden kommunistischen Parteien. Die Politiker gerieten selbst in die Ausschreitungen und der Vertreter der 'Communist Party of India - Marxist' (CPI-M) erlangte nach schweren Kopfverletzungen erst nach dreißig Stunden wieder das Bewußtsein. P.T.-Präsident Krishnaswamy mutmaßt sogar, daß der Übergriff von höherer Stelle aus vorbereitet wurde, um seiner erstarkenden Dalit-Bewegung in den südlichen Distrikten Tamil Nodus die Grenzen aufzuzeigen. Er forderte den Ministerpräsidenten des Bundesstaates, M. Karunanidhi ('Dravida Munnetra Kazhagam', zum Rücktritt auf. Karunanidhi hatte nach den Vorfällen mehrfach das Verhalten der Polizei verteidigt. Die Landesregierung hat eine Untersuchungskommission ins Leben gerufen, um die Ereignisse in Tirunelveli zu untersuchen.